



## Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und Fraktion (SPD)

### **Territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina schützen – Destabilisierung verhindern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betrachtet mit Sorge die krisenhaften politischen Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina. Insbesondere im serbischen Teilstaat Republika Srpska lebt derzeit ein starker Nationalismus wieder auf. Das bosnisch-serbische Präsidentschaftsmitglied Milorad Dodik ruft gar nach einer Abspaltung des serbisch dominierten Landesteils und stellt damit die territoriale Integrität des Landes in Frage.

Der Landtag unterstützt die UN-Resolution 1035 vom 21. Dezember 1995, auf der die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina basiert, sowie das Dayton-Friedensabkommen und betrachtet diese als Basis eines friedvollen Zusammenlebens der verschiedenen Ethnien in Bosnien-Herzegowina.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Einfluss bei der Europäischen Kommission geltend zu machen, um die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina zu schützen, mit dem Ziel,

- den politischen Willen zur Weiterentwicklung des Dayton-Abkommens als Garant für den Frieden und die demokratische Entwicklung in Bosnien und Herzegowina zu stärken,
- institutionelle, rechtliche und wirtschaftliche Reformen auf Grundlage des Dayton-Abkommens voranzutreiben, ebenso die Implementierung der bestehenden Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Bosnien-Herzegowina,
- eine klare Sicherheitsstrategie der EU, der NATO, der Quint (Italien, Frankreich, USA, Deutschland, Großbritannien) für Bosnien-Herzegowina zu formulieren.

Des Weiteren soll der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, Herr Christian Schmidt, im ersten Quartal 2022 im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen berichten, mit welchen Maßnahmen in Bosnien-Herzegowina interethnische Beziehungen und demokratische Zusammenarbeit gestärkt sowie Nationalismus und Korruption bekämpft werden können.

### **Begründung:**

26 Jahre nachdem das international vermittelte Friedensabkommen von Dayton den blutigsten Konflikt und Völkermord auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg beendet hat und mit der UN-Resolution 1035 die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina verankerte, sind die aktuellen politischen Entwicklungen in dem

von ethnischen Spannungen zwischen katholischen Kroaten, orthodoxen Serben und muslimischen Bosniaken geprägten Bosnien-Herzegowina besorgniserregend.

Die Rufe nach Abspaltung und Maßnahmen zur Schwächung des Gesamtstaates von Bosnien-Herzegowina u. a. durch das Präsidentschaftsmitglied Milorad Dodik gefährden mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Kriegsende mit mehr als 100 000 Toten und über zwei Millionen Flüchtlingen den Frieden und den Zusammenhalt in Bosnien-Herzegowina. Dodik propagiert, dass sich die Republika Srpska (RS) aus den gemeinsamen staatlichen Institutionen zurückziehen und sich von Bosnien-Herzegowina abspalten solle.

Bundesaußenminister Heiko Maas hat angesichts der aktuellen Spannungen in dem Vielvölkerland für „eine härtere Gangart gegen Personen“ geworben, „die die staatliche Struktur und die Verbindungen zur EU kappen wollen.“ Er hat davor gewarnt, dass Deutschland als größter bilateraler Unterstützer von Bosnien-Herzegowina „die Fortsetzung dieser verantwortungslosen Politik nicht tatenlos hinnehmen“ werde: „Wir können und werden das Geld deutscher Steuerzahler nicht in eine Entität lenken, die aktiv daran arbeitet, Bosnien und Herzegowina als Gesamtstaat kaputt zu machen. (...) Und wir werden auch über individuelle Maßnahmen gegen diejenigen nachdenken, die die territoriale Integrität des Landes infrage stellen.“

Nach Einschätzung des Woodrow Wilson Centers birgt die Implosion Bosniens („Bosnia's implosion risks“) die Gefahr eines erneuten Blutvergießens, von Flüchtlingsströmen, Grenzveränderungen und weitreichenden wirtschaftlichen Störungen, die den russischen und chinesischen Einfluss in der gesamten Region stärken, das NATO-Bündnis unterminieren und die Beziehungen zwischen den USA und der EU stören könnten. Der Think Tank empfiehlt, die Partnerschaft mit der EU wiederzubeleben. Im Frühjahr 2021 hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der US-Präsident Joe Biden Bosnien-Herzegowina ausdrücklich als Punkt einer zukünftigen Zusammenarbeit genannt.

Am 3. November 2021 hat der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 2604 einstimmig das Mandat der von der EU geführten Stabilisierungstruppe in Bosnien-Herzegowina um ein weiteres Jahr verlängert. Den üblichen jährlichen Bericht des Hohen Repräsentanten im UN-Sicherheitsrat verhinderte Russland, indem es drohte, der Verlängerung der EU-Schutztruppe nicht zuzustimmen, wenn Schmidt vortrage – oder sein Amt in der neuen UN-Resolution überhaupt erwähnt würde.

Bosnien-Herzegowina ist nach Haiti und Venezuela das Land mit der stärksten Abwanderung von Fachkräften in der Welt. Fast die Hälfte der dort geborenen Menschen lebt heute in einem anderen Land und die Zahl derer, die auswandern wollen, steigt Jahr für Jahr.